



# HESSISCHER LANDTAG

04.12.2006

*Dem  
Haushaltsausschuss  
überwiesen*

## **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über  
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das  
Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) in der Fassung der  
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 16/6338 zu Drucksache 16/6011**

- Einzelplan 09 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 09 15                    Amt für Veterinärwesen und  
Verbraucherschutz

Zu Titel 633 02                    Erstattungen an die Landkreise

Der Ansatz wird von 18.194.600 um  
3.000.000 auf 21.194.600 Euro erhöht.

Begründung:

Der jüngste Gammelfleischskandal hat die  
Defizite der Lebensmittelüberwachung  
deutlich aufgezeigt. In Hessen wird die  
Arbeit durch die Kommunalisierung dieser  
Aufgabe zusätzlich geschwächt. Als  
Sofortmaßnahmen ist deshalb einerseits die  
Gesamtstruktur besser auszustatten und  
andererseits eine landesweit agierende  
schlagkräftige Task-Force für  
Schwerpunktmaßnahmen notwendig.

Wiesbaden, 1. Dezember 2006

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tarek Al-Wazir**